

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 25. Juni 1986

Blatt 1581

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Verkehrsampel in der Leopoldauer Straße bereits
in Betrieb
Nächste Woche beginnt die Baustellen-Hochsaison
Drei neue Abteilungsleiter im Rathaus
Smejkal präsentiert IFES-Studie

Lokal: Schwimmfest im Liesinger Bad
(orange) Großes Mach-mit-Fest im Hamerlingpark
Ab 30. Juni: "Sportplatz der offenen Tür"
Wieder neuer kleiner Park für Mariahilf

Schwimmfest im Liesinger Bad

2 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Ein Schwimmfest wird am kommenden Samstag, dem 28. Juni, von 15 bis 17 Uhr im Liesinger Bad in der Perchtoldsdorfer Straße 14-16 veranstaltet. Der Anlaß dafür ist die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten. Für Unterhaltung bei dem kleinen Fest, an dem auch Stadtrat Helmut BRAUN und Bezirksvorsteher Heinrich HABERL teilnehmen, sorgen Erich GÖTZINGER und die Gruppe Thermo-four. Außerdem gibt es bei einem großen Prominentenfünfkampf für das Publikum interessante Preis zu gewinnen. (Schluß) hrs/gg

NNNN

Verkehrssampel in der Leopoldauer Straße bereits in Betrieb
3 =Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) In der vergangenen Nacht wurde auf der Kreuzung Leopoldauer Straße - Töllergasse in Floridsdorf, auf der sich vorige Woche auf dem Schutzweg ein tödlicher Verkehrsunfall ereignet hat, eine Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Vorläufig wurde eine provisorische Anlage installiert, die noch im Laufe des Sommers durch eine definitive Ampel ersetzt wird.++++

An den Kreuzungen der Leopoldauer Straße mit der Siegfriedgasse, der Hawlicekgasse und der Töllergasse wurden durch Sperrlinien in der Straßenmitte Wartezonen geschaffen, die das Überqueren der stark befahrenen Leopoldauer Straße erleichtern sollen. Diese Zonen werden - ebenfalls noch in diesem Sommer - baulich zu Fußgänger-Schutzinseln ausgebaut. (Schluß) sc/rr

NNNN

Großes Mach-mit-Fest im Hamerlingpark

Utl.: Clowns, Zirkusdarbietungen, Kindertheater

4 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Kindertheater, Variete und Kabarettprogramme, Zirkusdarbietungen sowie diverse Aktivitäten für Kinder und Erwachsene gibt es am kommenden Familiensonntag, dem 29. Juni, von 14 bis 19 Uhr im Hamerlingpark. Veranstalter des Parkfestes ist der Kulturverein "Freunde der Josefstadt", der dieses Fest mit Unterstützung des Wiener Volksbildungswerkes und des Kulturamtes der Stadt Wien durchführt.

Das Fest beginnt um 14 Uhr mit den "Red Devils" und ihrer Muppets-Show sowie einem Zeichen- und Malwettbewerb der Galerie Wickenburg für Kinder der Schwabbelstadt und dem Kulturbus des Wiener Volksbildungswerkes. Im Rahmen eines bunten Unterhaltungsprogrammes werden unter anderem der Clown Tambourin und die Kaikukas auftreten. Ab 17 Uhr gibt es Darbietungen des "Kleinen Brettls", Kung-Fu-Vorführungen, chinesische Artisten, italienische Seiltänzer, Bauchredner, Gesangsparodien, russische Folklore sowie Feuer magie. Der Eintritt zu sämtlichen Aktivitäten ist frei. (Schluß) red/gg

NNNN

Ab 30. Juni: "Sportplatz der offenen Tür" (1)

5 Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Mit Ferienbeginn wird die vom Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Wiener Jugendkreis durchgeführte Aktion "Sportplatz der offenen Tür" wieder gestartet. Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 15 Jahren haben dabei die Möglichkeit, unter Anleitung und Betreuung von Sportlehrern auf 12 Anlagen und bei kostenlosem Eintritt Sport zu betreiben:

2, Augarten (Jahnwiese); 2, Spenadlwiese; 10, Eisring Süd; Windtenstraße; 10, Franz-Kocyc-Straße; 12, Haydnpark; 12, Johann-Hoffmann-Platz; 15, Wiener Stadthalle; 15, Freizeitpark Schmelz; 17, Marswiese; 18, Währinger Park; 21, Jochbergengasse; 22, Erzherzog-Karl-Straße.

Übungsbetrieb ist von Montag bis Freitag in der Zeit von 14 bis 17 Uhr. Auf den Sportanlagen Spenadlwiese, Augarten, Haydn-Park und Schmelz wird zusätzlich eine Trainingsmöglichkeit von 9 bis 12 Uhr geboten. Für Jugendliche ab 15 Jahren und Erwachsene sind folgende Anlagen bei kostenloser Benützung geöffnet: 2, Spenadlwiese (Mo - Fr, 17 - 19 Uhr), 17, Marswiese (Mo, Mi, Do, 17 - 20 Uhr).

Die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" läuft bis 29. August.

Zwtl.: Das weitere Sportangebot für die Jugend

Im Rahmen der Aktion "Sportplatz der offenen Tür" und des "Wiener Ferienspiels" gibt es für die Jugendlichen folgende Sportaktivitäten:

o Tennis-Grundkurse in den Sporthallen 10, Jura-Soyfer-Gasse (PAHO) und 22, Steigenteschgasse.

8 - 11jährige: Mo - Fr 14 bis 15.15 Uhr

12 - 15jährige: Mo - Fr 15 bis 16.30 Uhr

o 17, Marswiese (Freiluftplätze):

8 - 15jährige Mo - Fr 14 - 17 Uhr

Aktionsdauer: 30. Juni bis 22. August.

Unter Anleitung von Betreuern ist vom 30. Juni bis 29. August ein kostenloses Rollschuhlaufen am Eisring Süd möglich (geringe Leihgebühr für Rollschuhe). (Forts.) hof/rr

Ab 30. Juni: "Sportplatz der offenen Tür" (2)

6 Wien, 25.6. (RK-LOKAL)

o Squash im Freizeitpark Schmelz vom 30. Juni bis 29. August.

Übungszeiten sind Mo - Fr von 9 - 12 Uhr.

o Fischen: Juli und August jeweils Samstag von 9 - 12 Uhr an der Neuen Donau. Treffpunkt jeweils um 9 Uhr bei der U-Bahn-Station Donauinsel.

o Wasserskilaufen: Bis September täglich von 9 - 20 Uhr auf der Neuen Donau, Wehr 1 (Tel. 23 11 71) zu ermäßigten Preisen.

o In folgenden Hallen kann vom 30. Juni bis 14. August Tischtennis gespielt werden:

1, Postgasse 7; 5, Grünwaldgasse 4; 6, Liniengasse 13;

10, Eisring Süd; 14, Flötzersteig 115; 15, Freizeitpark Schmelz, Joola-Halle; 16, Kirchstetterngasse 57; 22, Donauparkhalle.

Auskünfte über die Beginnzeiten und die Einteilung in Altersklassen sowie weitere Informationen über die Aktionen gibt es beim Sportamt der Stadt Wien unter Tel. 42 800/4188 oder 2799.

(Schluß) hof/rr

NNNN

Nächste Woche beginnt die Baustellen-Hochsaison (1)

Utl.: Hofmann: Weniger Verkehr in den Ferienmonaten

7 =Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Nächste Woche beginnt in Wien die Baustellen-Hochsaison. Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN zur "RATHAUS-KORRESPONDENZ": "Da in Wien in den Ferienmonaten Juli und August das Verkehrsaufkommen wesentlich geringer ist als im Frühjahr oder Herbst, müssen wir Straßenbauarbeiten in besonders verkehrsstarken Straßenzügen in diesen beiden Monaten durchführen. Alle diese Bauarbeiten werden in enger Zusammenarbeit mit der Verkehrsbehörde geplant. die Termine werden so abgestimmt, daß sich möglichst geringe Störungen des Verkehrsablaufs ergeben. Ich bitte die Wienerinnen und Wiener aber um Verständnis, daß auch heuer wieder bei etlichen Baustellen Verkehrsbehinderungen auftreten werden."++++

Unter anderem wird es im Juli und August folgende "kritische" Baustellen geben:

- Auf der Franzensbrücke müssen die Isolierung und der Belag erneuert werden. Das erfordert die Sperre jeweils einer Richtungsfahrbahn. Ausweichmöglichkeiten bestehen über die Aspernbrücke oder die Rotundenbrücke.
- Auf dem Karlsplatz muß der Fahrbahnbelag saniert werden. Hier wird vier Wochen lang im August Tag und Nacht gearbeitet werden, um die Behinderungen so kurz wie möglich zu halten.
- Auf dem Gürtel werden - wie jedes Jahr - wieder Betonfelder saniert werden. Dazu kommen in Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau Gasrohrverlegungen auf dem Mariahilfer Gürtel und dem Gaudenzdorfer Gürtel sowie eine Verschwenkung der Fahrbahn im Bereich des Gaudenzdorfer Gürtels. Auf der Margaretengürtelbrücke über die Wien und die U 4 wird der Belag erneuert; das kann jedoch an drei Wochenenden geschehen.

(Forts.) sc/gg

NNNN

Nächste Woche beginnt die Baustellen-Hochsaison (2)

8 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL)

- Auf der Südost-Tangente wird der Belag im Bereich der Anschlußstelle Landstraße erneuert. Dafür werden voraussichtlich zwei Wochenenden im Juli und August ausreichen. Zeitweise muß dann der Verkehr über die Ab- und Auffahrten umgeleitet werden.
- An einem Wochenende im Juli wird auf der Abfahrt von der Südost-Tangente zur Donaustadtstraße der rechte Fahrstreifen repariert werden.
- Die Barawitzkaga in Döbling erhält einen neuen Fahrbahnbelag von der Hohen Wai bis kurz vor die Heiligenstädter Straße. Bauzeit: zwei Wochen im Juli und August.
- In der Linken Wienzeile wird der Stauraum vor der Hofmühlgasse von drei auf vier Fahrstreifen ausgeweitet. Diese Arbeiten sollen Ende August abgeschlossen sein. Zugleich wird auf der Pilgrambrücke die Fahrbahn von vier auf sechs Fahrstreifen verbreitert. Während der Bauzeit gibt es in der Fahrtrichtung zum 6. Bezirk zwei Fahrstreifen, in der Fahrtrichtung zum 5. Bezirk nur einen Fahrstreifen. Diese Arbeiten werden bis September dauern.

Stadtrat Hofmann hob hervor, daß zwei besonders neuralgische Bauvorhaben noch im August fertiggestellt werden. Auf der Nordbrücke gibt es demnächst noch einmal auf zwei Wochen die Sperre einer Fahrbahn. In dieser Zeit müssen auch wieder die Auffahrten von der Donauufer-Autobahn auf die Nordbrücke in Richtung Brigittenau gesperrt werden. Danach wird die Baustelle wieder kürzer, bis etwa Mitte August auch die Sanierung der Äugelbrücke und der Jedleseer Brücke abgeschlossen ist. (Forts.) sc/gg

NNNN

Nächste Woche beginnt die Baustellen-Hochsaison (3)

9 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Ebenfalls noch im August soll der Umbau des Währinger Gürtels zwischen der AKH-Ausfahrt und der Währinger Straße - hier wird die Straße neu gebaut und zugleich die Kurvenneigung verbessert - fertiggestellt werden.

Einige größere Projekte, die im Juli beginnen, können im August leider nicht abgeschlossen werden, weil sie zu umfangreich sind.

Dazu gehören

- der Neubau der Johnstraße zwischen der Linzer Straße und der Hütteldorfer Straße mit Umleitungen in beiden Fahrtrichtungen (bis Ende des Jahres),
- der Umbau des Bereichs Elterleinplatz (bis Oktober),
- der Umbau und die Verbreiterung des Landstraßer Gürtels (hat bereits begonnen und dauert bis Ende des Jahres),
- der Ausbau der Hütteldorfer Straße zwischen Leyserstraße und Kandlerstraße (bis Ende November),
- der Ausbau der Linzer Straße zwischen Zehetnergasse und Rottstraße (bis Ende des Jahres) und
- der Umbau des Kreuzungsbereiches Brunner Straße - Breitenfurter Straße - Erlaaer Straße (bis Ende des Jahres).

Die Inzersdorfer Hochstraße im Zuge der Südost-Tangente wird in der Fahrtrichtung nach Kagran im September wieder voll zur Verfügung stehen. In Richtung Süden muß der rechte Fahrstreifen wegen der Reparatur der Randbalken und der Montage einer Schallschutzwand noch bis November gesperrt bleiben.

Auf der Baustelle der Brünner Straße zwischen der Schnellbahn und der Gerasdorfer Straße werden Ende des Jahres die Umleitungen aufgehoben werden. Es stehen dann in jeder Fahrtrichtung zwei Fahrstreifen zur Verfügung. Restarbeiten werden bis in den Sommer 1987 dauern. Dann wird auch der endgültige Fahrbahnbelag aufgebracht. (Schluß) sc/gg

Wieder neuer kleiner Park für Mariahilf

10 =Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Eine Baulücke in Mariahilf, in der Garbergasse 20, wurde vom Stadtgartenamt zu einem kleinen Park ausgestaltet. Die Grünfläche wird am kommenden Samstag, dem 28. Juni, um 14 Uhr von Stadtrat Helmut BRAUN eröffnet. Auf über 500 Quadratmetern Fläche wurden ein Ruhebereich und ein Kleinkinderspielbereich mit Schaukeln, einer Sandkiste und einer kleinen Eisenbahn gestaltet. Sträucher und Bäume sowie begrünte Feuermauern sorgen für das nötige Grün im neuen Park.++++
(Schluß) hrs/rr

NNNN

Drei neue Abteilungsleiter im Rathaus

Utl.: Zilk überreichte Ernennungsdekrete

12 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Magistrat gibt es drei neue Abteilungsleiter: Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard MAGER (MA 28 - Straßenverwaltung und Straßenbau), Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Gerhard WEBER (MA 45 - Wasserbau) und Obermagistratsrat Dr. Werner GSCHWINDL (MA 54 - Zentraler Einkauf). Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Mittwoch in Anwesenheit von Vizebürgermeister Hans MAYR, den Stadträten Friederike SEIDL, Helmut BRAUN und Fritz HOFMANN sowie Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION die Ernennungsdekrete. (Schluß) red/gg

NNNN

Smejkal präsentiert IFES-Studie (1)

Utl.: Untersuchung über die soziale und ökonomische Situation von Familien in Wien

13 =Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Eine vom Jugendamt der Stadt Wien in Auftrag gegebene Studie des Institutes für empirische Sozialforschung IFES über die Situation von Wiener Familien präsentierte Mittwoch die zukünftige Sozialstadträtin Ingrid SMEJKAL in einem Pressegespräch. Die Untersuchung wurde an Hand von 2.987 Interviews im November und Dezember 1985 durchgeführt und ist eine für Wiener Privathaushalte repräsentative Stichprobe.+++

Zwtl.: Weniger "armutsgefährdete" Haushalte in Wien

Die IFES-Untersuchung, erklärte Stadträtin Smejkal, ergab einen Rückgang des Anteiles "armutsgefährdeter" Haushalte in Wien. Bei einer 1971 durchgeführten Studie waren es noch 16,8 Prozent aller Wiener Haushalte. 1986 sind es 3 Prozent weniger, was unter Berücksichtigung der 1971 bestehenden Hochkonjunktur und geringen Arbeitslosigkeit, als Erfolg zu werten ist, führte Smejkal aus. Fünf Gründe vor allem tragen dazu bei, daß ein Haushalt "armutsgefährdet" sein kann:

- o wenn der Haushaltsvorstand nicht (mehr) ins Erwerbsleben integriert ist
- o der berufsspezifische Einfluß
- o Krankheit und Behinderung
- o die Änderung des Familienstandes
- o und die Zahl der in einem Haushalt zu versorgenden Personen.

(Forts.) jel/rr

NNNN

Smejkal präsentiert IFES-Studie (2)

14 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Ein durchschnittlicher Wiener Haushalt besteht statistisch gesehen aus 2,08 Personen und kann mit einem durchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in der Höhe von 15.347 Schilling rechnen. Bei der IFES-Untersuchung wurde der Grenzwert für die "Armutgefährdung" bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 4.999 Schilling festgelegt. Unter diese Grenze, referierte Smejkal das Ergebnis, fallen 13,8 Prozent, das heißt 100.356 der Wiener Haushalte. 29.104 davon sind Familien mit unversorgten Kindern, im Detail 7.564 Teilfamilien und 21.540 Vollfamilien.

Deutliche Unterschiede, erklärte Smejkal, zeigen sich beim Besitz von Vermögen, beim Motorisierungsgrad und beim Urlaubsverhalten zwischen "armutsgefährdeten" und "normalen" Familien. Vor allem hat die "Armutgefährdung" Auswirkungen auf die Wohnverhältnisse. 22 Prozent der "armutsgefährdeten" Haushalte bewohnen Substandardwohnungen. Bei Teilfamilien und kinderreichen Vollfamilien liegt der Anteil der in Gemeindewohnungen Lebenden bei 44 Prozent und 50 Prozent, was die soziale Bedeutung und Dimension des kommunalen Wohnbaus unterstreicht, sagte Smejkal. Einen durchschnittlichen Haushalt belasten die Wohnungskosten zu 22 Prozent, bei "armutsgefährdeten" Haushalten liegt dieser Prozentsatz bei 41. 28 Prozent der Haushalte unter der Armutsgrenze beziehen Wohn- oder Mietzinsbeihilfen.

Zwtl.: "Überbefürsorgung" gibt es nicht

Die vorliegende Studie, erklärte Smejkal, zeige auf, daß die "Armutgefährdung" nicht - wie oft behauptet - zugenommen habe, sondern zurückgegangen sei. Sie zeige auch, wie wichtig kommunalpolitische Hilfestellungen für Familien sind. (Forts.)
jel/gg

NNNN

Smejkal präsentiert IFES-Studie (3)

15 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Durch diese Hilfestellungen könne die Gefährdung gemildert, aber nicht gänzlich behoben werden, sagte Smejkal. Von einer Überbefürsorgung - das heißt einem Zuviel an sozialen Leistungen - könne unter Berücksichtigung der sozialen Realität keinesfalls gesprochen werden.

Zwtl.: Sozialleistungen ausbauen

Bestehende Sozialleistungen müssen beibehalten und allenfalls ausgebaut werden, kündigte Smejkal eine Neuberechnung der Kindergartenbeiträge ab September 1986 an.

Man müsse in der Kommunalpolitik weiterhin anstreben, durch sozialorientierte Wohnbaupolitik und ausgleichende Tarifgestaltung familiäre Mehrbelastungen zu kompensieren.

Wie die Studie ergab, wird "Armutgefährdung" durch eine Vielzahl von Faktoren bedingt. Neben Gegebenheiten der sozialen und finanziellen Situation, neben Einflüssen, die sich aus dem Gesellschaftssystem und seiner Dynamik ergeben, spielen auch persönliche Faktoren eine Rolle. In diesem Bereich bewährt sich das Konzept des Jugendamtes, kostenlose Beratungshilfen verschiedenster Art anzubieten und in Krisensituationen vor allem kompensatorische Hilfe zu geben - auch so wird Armutgefährdungen vorgebeugt, sagte Smejkal. (Forts. mgl.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Schlußwort Vizebürgermeister Mayr

11 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die am Vortag unterbrochene Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde am Mittwoch wieder aufgenommen.

Das Arbeitsprogramm der Stadtverwaltung konnte um bedeutende Schritte seiner Erfüllung näher gebracht werden, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPö) in seinem Schlußwort in der Rechnungsabschlußdebatte. Wohl sei es nicht zu vermeiden, daß es bei Investitionen von 10 Milliarden und großen Aufwendungen für Instandhaltungsarbeiten auch zu einzelnen Fehlleistungen kommen könne. Die Bevölkerung wisse jedoch genau, daß es entscheidend ist, wie hervorragend insgesamt die Stadtverwaltung ihre Aufgaben erfüllt hat. Die Verwaltung der Stadt Wien brauche den Vergleich mit anderen Städten der Welt nicht zu scheuen, Wien sei gut verwaltet, Probleme werden hier in Angriff genommen und gelöst.

ABSTIMMUNG: Die fünf von der FPö und die 13 von der öVP eingebrachten ANTRÄGE wurden EINSTIMMIG zugewiesen; der RECHNUNGSABSCHLUSS wurde mit den Stimmen der SPö angenommen.
(Forts.) and/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes Rechnungsabschluß ---

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

16 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien wurden, trotz Anstiegs der Kraftfahrzeuge, zeitgerecht Maßnahmen gesetzt, um einen Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln auszulösen. Gründe dafür sind im Bau der U-Bahn, im Ausbau der anderen Verkehrsmittel sowie im günstigen Tarifsystem zu finden, erklärte Verkehrsstadtrat HATZL (SPö) in seinen Ausführungen zum Rechnungsabschluß 1985 der Wiener Stadtwerke. Der U-Bahn-Bau wird auch weiterhin die wichtigste verkehrspolitische Maßnahme bleiben. Der Ausbau der U 3 und der U 6 verläuft termingerecht, die veranschlagten Investitionen konnten zur Gänze durchgeführt werden. Die Wiener Verkehrsbetriebe verfügen über einen der modernsten Wagenparks Europas, heuer werden wieder rund 300 Millionen Schilling in neue Busse und Straßenbahngarnituren investiert.

Die Wiener E-Werke erzielten 1985 einen Nettogewinn von 166,5 Millionen Schilling. Diese günstige Erfolgssituation ist die Voraussetzung dafür, daß in den kommenden Jahren vor allem im Bereich des Umweltschutzes notwendige Investitionen getätigt werden können.

Die Eigenaufbringung im Jahr 1985 betrug 50,19 Prozent. Der restliche Stromanteil wird durch Verträge zwischen der Verbundgesellschaft und den Wiener E-Werken gedeckt.

Die Gaswerke verzeichneten einen Nettoverlust von 10,9 Millionen Schilling (1984: 13,6 Millionen Schilling). Im Jahr 1985 wurden 677,7 Millionen Kubikmeter Erdgas abgegeben, das sind um 7,6 Prozent mehr als 1984. Seit der Erdgasumstellung vor 15 Jahren lieferten die Gaswerke 8,3 Milliarden Kubikmeter Erdgas an ihre Kunden. Mit 1. Oktober nehmen die Gaswerke die dritte Gaspreissenkung innerhalb eines Jahres vor. Damit wird in Wien der Gaspreis um insgesamt 19 Prozent gesenkt, in Niederösterreich sind es nur 14 Prozent. (Forts.) lei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

17 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Verkehrsbetriebe wiesen 1985 einen Verlust von rund 152 Millionen Schilling aus (1984: 206 Millionen Schilling). Die Personalkosten betragen 51,5 Prozent des Gesamtaufwandes, nur rund 87 Prozent allein dieser Kosten wurden durch die Beförderungserlöse gedeckt. Die Fahrgastfrequenz war 1985 wiederum positiv, die "Beförderungsfälle" stiegen um 4,1 Prozent auf 588 Millionen. Im selben Zeitraum stiegen jedoch die Beförderungserlöse nur um 0,3 Prozent. Gleichzeitig stiegen die Betriebskosten der Verkehrsbetriebe um etwa 6,5 Prozent.

Die städtische Bestattung erzielte 1985 einen Gewinn von 3,3 Millionen Schilling. Das Unternehmen führte 1985 mehr als 20.000 Erd- und Feuerbestattungen durch.

Hatzl hob die hohe Bedeutung der Wiener Stadtwerke für die Wirtschaft hervor. Die Investitionen betragen 1985 2,341 Milliarden Schilling. Die Sicherheit der Versorgung mit leitungsgebundener Energie wurde erhöht, der öffentliche Verkehr weiter ausgebaut und wichtige Verbesserungen für den Umweltschutz erzielt.

Ende 1985 waren bei den Wiener Stadtwerken 15.376 Mitarbeiter beschäftigt, das sind um 303 Mitarbeiter mehr als im Jahr zuvor. Kommendes Wochenende beginnt der Betrieb des Nachtautobusses, viele Autobuslinien wurden verlängert und verbessert. Seit dem Betrieb der U-Bahn im Jahr 1975 wurden mehr als 66 Millionen Kilometer zurückgelegt.

Hatzl betonte, daß die Wiener Stadtwerke nun zum vierten Mal hintereinander einen Jahresabschluß mit "schwarzen Zahlen" vorlegen können. Die Erfolgsrechnung für 1985 weist einen Gewinn von 6,3 Millionen Schilling aus. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

18 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Abschließend dankte StR. HATZL dem mit 1. Juli ausscheidenden Generaldirektor Dr. Karl REISINGER, der nunmehr, nach mehr als 20jähriger Tätigkeit als Generaldirektor in den Ruhestand tritt, für seine hervorragenden Leistungen. Sein Dank galt weiters Generaldirektor-Stellvertreter OSR Dr. Alois WIDHALM, der ebenfalls in den Ruhestand tritt. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

19 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nahm Stellung zur Versorgungssicherheit mit Energie. Diese sei zwar gesichert, sagte Pawkowicz, er bemängelte jedoch, daß Wien nur einen geringen Anteil seiner Energie aus den Donaukraftwerken beziehe, was auch zum hohen Wiener Strompreis beitrage. Auch die geplante 12,5prozentige Beteiligung am Donaukraftwerk Wien sei in diesem Sinn als zu gering zu bewerten. Weiters stellte Pawkowicz fest, daß die Bilanz der Wiener Stadtwerke nach wie vor unter anderem durch die Subventionierung der Verkehrsbetriebe durch die E-Werke verfälscht werde, was ebenfalls zu einem höheren Strompreis beitrage. Schließlich kritisierte der Redner die unkoordinierte Vorgangsweise bei Aufgrabungsarbeiten wie im Zuge des Baues der 380-kV-Leitung, bei der es auch zu Ungenauigkeiten bei der Verrechnung der Kosten gekommen sei. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

20 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) verglich die Gaspreissenkung mit den Preisreduktionen beim Heizöl-schwer und meinte, der Gaspreis hätte früher und mehr gesenkt werden müssen. Er stellte den ANTRAG, den Gaspreis ab 1. Juni 1986 rückwirkend und unbefristet zu senken sowie auch die Tarife für Strom und Fernwärme zu reduzieren. Diese Preissenkungen seien wirtschaftlich vertretbar und für die Bevölkerung nötig. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

21 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (ÖVP) stellte eingangs klar, daß die ÖVP den Rechnungsabschluß ablehne. Als einen wesentlichen Grund gab er an, daß die dargestellte Gewinnsituation durch Transferbuchungen verschleiert worden sei. Er kritisierte zu geringe Betriebskostenzuschüsse bei Sozialtarifen, das Investitionsprogramm, das nicht in der vorgesehenen Form verwirklicht worden sei, und die Hoheitsverwaltung, die eine den Verkehrsbetrieben "unfreundliche" Finanzpolitik betreibe.

Wie Stratil weiter ausführte, hätte der Rechnungsabschluß deutlich gezeigt, daß sich die politisch Verantwortlichen über die Finanzexperten der Verkehrsbetriebe hinweggesetzt hätten. Dies lehne er entschieden ab. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

22 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) erklärte, dem Unternehmungsstatut liege die Forderung nach kaufmännischer Betriebsführung zu Grunde. Es gebe sicher keine Verschleierung, und wenn von TarifREGULIERUNGEN gesprochen werde, dann deshalb, weil daraus immer wieder auch Verbesserungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen resultieren. Die Verkehrsbetriebe befördern 588 Millionen Fahrgäste pro Jahr, arbeiten ständig an der weiteren Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel und leisten durch ihre Investitionen auch einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaft.

Die Medien forderte Hengelmüller auf, nach schwedischem Vorbild auf die Berichterstattung über Selbstmorde (in der U-Bahn) zu verzichten. Diese Selbstbeschränkung habe in Schweden zu einem Rückgang der Selbstmordzahlen geführt. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

23 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Konsumbewußte Bürger fühlen sich durch die Fernwärme zwangsbeglückt, erklärte GR. KIENDL (ÖVP). Neben dem sorglosen Umgang mit Energie sei vor allem der zu hohe Preis zu kritisieren. Zum wiederholten Male fordere er eine bessere Isolierung der Fernwärmeverteilungsleitungen, wodurch die Kosten wesentlich gesenkt werden könnten. Zur Diskussion müsse nicht nur die Ungenauigkeit der Messung des Energieverbrauchs stehen, sondern auch das in den Verdunstungsröhrchen enthaltene Metylbenzoat. Er stellte daher den ANTRAG, die Verwendung und die Wirkung dieses Stoffes auf Kleinkinder und werdende Mütter unverzüglich zu überprüfen, da eine Gesundheitsschädlichkeit nicht auszuschließen sei. Abschließend forderte Kiendl eine weitere Preissenkung bei der Fernwärme. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

24 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HUMMEL (SPö) wies darauf hin, daß die Gaspreissenkung in Wien mit 1. Jänner 1986 ein wesentlich größeres Ausmaß hatte als in Niederösterreich. Weiters betonte Hummel, daß der Wiener Strompreis in den letzten Jahren bei weitem nicht im selben Ausmaß gestiegen sei wie der Verbundstrompreis. Wien habe in den kalten Wintermonaten Anfang 1985 bewiesen, daß die Energieversorgung auch für Spitzenwerte gerüstet sei. Darüber hinaus seien aber auch große Leistungen im Sinne des Umweltschutzes erbracht worden. So sei seit 1980 der Schwefeldioxyd Gehalt in Wien durch gezielte Maßnahmen um rund 85 Prozent gesenkt worden. Weiters trage auch der Fernwärmeausbau und die verstärkte Nutzung von Gas für Heizzwecke zur Umweltverbesserung bei. Im Bereich der Gaswerke sei die Erneuerung des Rohrnetzes ein besonders wichtiger Zweck der Investitionen. Abschließend sprach sich Hummel für die verstärkte Nutzung der Wasserkraft für Energiezwecke aus. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

25 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. GLÜCK (ÖVP) verwies auf das hohe Defizit der Friedhofsverwaltung und sprach sich für eine Privatisierung oder Verpachtung der städtischen Friedhofsgärtnereien bzw. der Steinmetzwerkstätte aus.

Es sei eine soziale Härte für finanzschwache Bürger, daß für die Verlängerung von Grabstätten die Benützungsg Gebühr für weitere zehn Jahre in einem und im voraus zu bezahlen sei. Glück regte für Einkommensschwache Teilzahlungen, Stundungen oder Ermäßigungen an.

Zum Schutz des St.-Marxer-Friedhofes, einem der letzten Wiener Biedermeier-Friedhöfe, müßten endlich Maßnahmen gesetzt werden. Hier befinden sich rund 8.000 historisch wertvolle Grabsteine, die starken Umwelteinflüssen von der nahen Tangente ausgesetzt sind.

(Forts.) fk/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungsabschluß 1985 - Wiener Stadtwerke

26 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn seines Schlußwortes stellte StR. HATZL (SPö) fest, daß man bemüht sei, daß es auf Friedhöfen zu keinen Verwahrlosungen kommt. Dies könne freilich nicht allein Aufgabe der Stadtverwaltung sein, alle Betroffenen müßten dazu einen Beitrag leisten.

Zum Thema Strompreise sagte Hatzl, daß die meisten Stromgesellschaften Österreichs derzeit Preiserhöhungen anstreben. Er könne, noch dazu, da der Jahreserfolg 1985 gegenüber den vergangenen Jahren deutlich geringer war, den Wunsch nach einer Preissenkung nicht vertreten. Man müsse froh sein, die entstandenen Erhöhungen nicht an die Konsumenten weitergeben zu müssen.

Wenn mitunter Nachtarbeit kritisiert werde, so müsse man überlegen, welche Variante sinnvoller ist: entweder weniger Verkehrsbehinderungen, nächtlicher Lärm und teurere Nachtarbeit - oder das Gegenteil. Er persönlich sei aus verschiedenen Gründen - nicht zuletzt im Interesse der Nachtruhe - dafür, Nachtarbeit nur dann durchzuführen, wenn sie unbedingt erforderlich ist und nur wenige Tage dauert.

Er bedauerte die zahlreichen Selbstmordversuche, die in den vergangenen Monaten in den Stationen der Wiener U-Bahn verübt wurden. Man müsse alle Anstrengungen unternehmen, um Lebensmüde von ihrem Vorhaben abzuhalten.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPö angenommen. Zwei Anträge wurden zugewiesen.
(Forts.) ull/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Kontrollamtsbericht

27 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Kontrollausschuß-Vorsitzender GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) legte den Tätigkeitsbericht des Kontrollamts für 1985 vor. Er enthält 313 Geschäftsstücke, von denen Hirnschall einige Schwerpunkte zitierte. So sei die mangelnde und ineffiziente Überwachung von umweltschädigenden Betrieben im 22. und 23. Bezirk aufgezeigt worden. Anlaß zur Kritik gab es auch bei bestehenden Klär- und Sickeranlagen von zwei städtischen Schulen und beim Reservegarten Hirschstetten. Die Sicherheitskontrolle habe Mängel bei den Brandschutztüren-Mechanismen in der Krankenanstalt Rudolfstiftung festgestellt, und das Sozialamt habe beim Fahrtendienst für Behinderte die Vergabebestimmungen verletzt. Das Anstaltenamt habe Obst und Gemüse zu teuer eingekauft, und beim Krankenhaus-Neubau im SMZ-Ost wurden von den beauftragten Architekten zu hohe Kosten für Firmenleistungen angenommen, die dann vom Billigstbieter um ein Drittel unterboten wurden. Mängel gab es auch bei der Renovierung in mehreren städtischen Krankenhäusern und im Pflegeheim Lainz, und unzufriedenstellend sei auch die Vergabe von Teilabschnitten der 380 kV-Leitung der E-Werke gewesen. Gravierende Fehldispositionen wurden bei der KFA geortet. In drei Fällen habe der Kontrollausschuß Sonderprüfungen veranlaßt, und zwar die Prüfung aller Ansuchen der Stadt Wien beim Wasserwirtschaftsfonds seit der Einreichung für Hauptkläranlage und EBS (Kritik an MA 30) sowie im Zusammenhang mit dem Palais Harrach, wo das schadhafte Dach und zahlreiche Rohrbrüche zu schweren Schäden führten. Die Prüfung der Planungskosten für die Sanierung von EBS und HKA konnte wegen der Fristerstreckung für die Ertüchtigung noch nicht abgeschlossen werden. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Kontrollamtsbericht

28 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Der sehr umfangreiche Kontrollamtsbericht für das Jahr 1985 zeigt eine Reihe von Mißständen auf, die zwar im Vergleich zur Größe des Verwaltungsbereiches nicht sonderlich erheblich sind, trotzdem aber im Sinn einer korrekten Stadtverwaltung vermieden werden müßten, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö). So wurde bei der Überprüfung der MA 10 festgestellt, daß verliehene Kunstgegenstände nicht mehr vorhanden bzw. auffindbar sind. Die Überprüfung der MA 48 ergab, daß Akte über KFZ-Abschleppungen nach fünf Jahren verbrannt werden. Dadurch verliere die Stadt Wien hohe Beträge an nicht bezahlten Abschleppgebühren. Weiters kritisierte Pawkowicz, daß die MA 53 im Mai 1982 eine ortsbewegliche Freiluftbühne angeschafft habe, die nach nur zweimaliger Verwendung jetzt im Bereich des Gänsehäufels verrostete.

Die Tätigkeit des Kontrollamtes trage wesentlich dazu bei, daß verschiedene Fehler bzw. Schlampereien gar nicht erst vorkommen bzw. künftig vermieden werden können, schloß Pawkowicz. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Kontrollamtsbericht

29 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (öVP) kritisierte anhand des Kontrollamtsberichtes verschiedene Umstände im Wiener Baugeschehen. Regler sagte, daß sehr oft eine zu lange Bearbeitungsdauer die Ausführung wichtiger Bauvorhaben verzögert, und daß falsche Kostenschätzungen und fehlerhafte Ausschreibungen zum Kostenanstieg bei verschiedenen Projekten beitragen. Ebenso werden Anschlußaufträge nicht genügend geprüft, die Überwachung der Bauführung läßt zu wünschen übrig. Trotz wiederholter Beanstandungen durch das Kontrollamt habe sich in diesen Bereichen nichts geändert. In diesem Zusammenhang stellte Regler einen BESCHLUSSANTRAG: Kritik des Kontrollamtes solle die betroffenen Stellen verpflichten, entsprechende Maßnahmen vorzunehmen oder eine Begründung für die Nichtvornahme abzugeben. Abschließend forderte Regler die SPö auf, das Recht auf Kontrolle zu einem "Minderheitenrecht" zu machen und damit der Opposition Gelegenheit zu geben, umfassende Prüfungen zu veranlassen. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Kontrollamtsbericht

30 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SWOBODA (SPö) betonte, der umfangreiche Bericht des Kontrollamtes zeige noch nicht das volle Ausmaß der Kontrolltätigkeit. Das Kontrollamt und der Kontrollausschuß garantieren eine Optimierung der Verwaltung. Die Mehrheit des Hauses ist nicht bereit, Unkorrektheiten, Fehler oder Mängel zu decken. Die sozialistische Fraktion hat oft im Kontrollausschuß herbe Kritik angebracht. Aber man dürfe nicht aus Einzelfehlern auf das Ganze schließen. Zu den Vorwürfen der Volkspartei sagte Swoboda, das Kontrollrecht sei nicht nur ein Recht der Minderheit, sondern auch ein Recht der Mehrheit. Kontrolle ist ein gemeinsames Anliegen aller demokratischen Parteien. Die SPö habe noch keinen Antrag abgelehnt, der einer sachlichen Verbesserung diene, und sei jederzeit bereit, über Veränderungen der Kontrollmaßnahmen und deren Fortentwicklung zu verhandeln.

Ing. Svoboda verwies auf das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit im Bereich der Verwaltung. Hier haben der Kontrollausschuß und das Kontrollamt eine große Aufgabe.

GR. HAHN (öVP) verwies darauf, daß die SPö im Fall EBS zweimal Anträge der öVP abgelehnt habe, in denen die Volkspartei schwerwiegende Bedenken angemeldet habe. Nun befasse sich auch das Kontrollamt damit.

StR. BRAUN (SPö) betonte, er halte nichts von der Alternative, die EBS zuzusperren. Er sei nicht bereit, irgendetwas zu beschönigen. Aber es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, daß die Wiener Bevölkerung permanent vergiftet werde. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Kontrollamtsbericht

31 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK befaßte sich mit dem öVP-Antrag und meinte, dieser Antrag könnte von allen Parteien gemeinsam getragen werden. Die Idee, daß die geprüften Stellen künftig binnen drei Monaten, die aufgrund der Kontrollamtskritik getroffenen Maßnahmen mitteilen sollen, sei durchaus zu begrüßen. Er, Zilk, gehe jeder Feststellung des Kontrollamtes sofort nach. Der Kontrollamtsdirektor hat dem Bürgermeister in gravierenden Fällen sofort Meldung zu erstatten.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) dankte in seinem Schlußwort den Mitarbeitern des Kontrollamtes und stellte zum öVP-Antrag fest, daß auf Bemängelungen durch das Kontrollamt klare Konsequenzen zu ziehen seien.

ABSTIMMUNG: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, der öVP-Antrag einstimmig zugewiesen. (Forts.)

fk/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Wahl von Stadtrat Edlinger / Neue Geschäftseinteilung

32 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Von der SPö wurde Rudolf EDLINGER zum neuen Stadtrat vorgeschlagen. In geheimer ABSTIMMUNG wurde Edlinger mit 93 von 96 abgegebenen Stimmen zum Stadtrat gewählt. Unmittelbar darauf legte Stadtrat Edlinger vor dem Gemeinderat sein Gelöbnis ab.

Mit den Stimmen der SPö wurde die neue Geschäftseinteilung, bei der vier Geschäftsgruppen neu zusammengesetzt werden, beschlossen:

- o Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie und Soziales
- o Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen
- o Geschäftsgruppe Planung und Stadtentwicklung
- o Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung.

Ingrid SMEJKAL, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Ing. Fritz HOFMANN und Rudolf EDLINGER übernahmen als amtsführende Stadträte die oben angeführten Geschäftsgruppen.

Die erste, dreitägige Sitzung des Gemeinderates war damit beendet. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: 2. Sitzung

33 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend trat der Gemeinderat zu einer 2. Sitzung zusammen.

Zwtl.: Wahl eines neuen Gemeinderates

Zu Beginn der 2. Gemeinderatssitzung wurde Herbert PFANNENSTIEL als Nachfolger für Rudolf EDLINGER als neuer Gemeinderat angelobt. Pfannenstiel ist 56 Jahre alt, Angestellter der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, verheiratet und Vater zweier Kinder. In den letzten Jahren war er Klubobmann der Sozialistischen Fraktion der Währinger Bezirksräte.

Zwtl.: Übertragung von Grundstücken an die Bundesstraßenverwaltung

GR. SEVCIK (SPö) beantragte die Übertragung von Grundstücken im Bereich der Vorortelinie - Begleitstraße an die Republik Österreich-Bundesstraßenverwaltung.

Dazu sagte GR. Dr. HAWLIK (öVP), es gehe nicht nur um die Herstellung formellen Rechts, es gehe um die B 222 Stadtautobahn. Auf der einen Seite beschließe man Grünlanddeklarationen, auf der anderen Seite werde immer wieder ein Stück Grün abgezweigt.

GR. PFANNENSTIEL (SPö) stelle dazu fest, die B 222 sei keine Autobahn. Er sei im übrigen von der ablehnenden Haltung der öVP überrascht, da die Bezirksvorstehung für den 18. Bezirk gegen die geplante Transaktion keinen Einwand geäußert habe. Auch bei etlichen Bürgerversammlungen hätten die Bürger eine positive Einstellung gezeigt.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö angenommen.
(Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Fensterinstandsetzung Schöpfwerk

34 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPö) beantragte 88 Millionen Schilling für Fensterinstandsetzungen in der städtischen Wohnhausanlage Am Schöpfwerk.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) bemängelte, daß kein Betrag für Glaserarbeiten in der Gesamtsumme enthalten sei, sodaß noch mit einer Erhöhung gerechnet werden müsse. Es wäre seinerzeit besser gewesen, bewährte Fenstertechnik anzuwenden, statt diese Kastenfenster einzubauen, die wahrscheinlich nie dem Stand der Wissenschaft entsprochen haben. Mit dem Geld, das nun ausgegeben werden soll, hätten 100 neue Wohnungen gebaut werden können.

GR. PRAMEL (SPö) vermutete, daß seinerzeit von der Fensterfirma junges Holz verwendet wurde, das nun Schäden zeige. Bei der Art der neuen Fenster können die Mieter mitbestimmen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Errichtung eines Hallenbades in Margareten

35 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPö) beantragte, der Ekazent Bau-, Immobilienmakler- und Werbegesellschaft mbH zur teilweisen Finanzierung eines Hallenbades im 5. Bezirk, Strobachgasse 7-9, eine Zuwendung aus öffentlichen Mitteln in der Höhe von 96,5 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) begrüßte die Errichtung eines Bades im 5. Bezirk. Die FPö könne jedoch diesem Geschäftsstück nicht zustimmen, weil im Vertrag keine Regelung über die Bäderpreise enthalten ist. Es sei zu befürchten, daß die Preise zu hoch angesetzt werden.

GR. Ing. WORM (öVP) bezeichnete die Firma Rogner Touristik GesmbH, die die Betriebsführung übernehmen soll, als ungeeignet. Bei Herrn Rogner handle es sich um einen Kitschproduzenten und Finanzjongleur. Der Steuerzahler habe aber das volle wirtschaftliche Risiko zu tragen. Es wäre eher vertretbar gewesen, das alte Margaretner Bad zu renovieren, als der Bevölkerung ein Erlebnisbad in Form eines teureren "Plastikhawaii" vorzusetzen. Die öVP begrüße Privatisierungsansätze, jedoch nicht in der geplanten Form. Hätte die Stadt Wien nur das Baurecht gewährt, wäre dem zuzustimmen gewesen. Unbegreiflich sei jedoch, daß auch die Investitionen aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden.

GR. Ing. RIEDLER (SPö) erklärte, daß das alte Margaretner Bad nicht mehr revitalisiert werden konnte. Beim vorliegenden Projekt gibt die Stadt Wien einen Zuschuß für die Errichtung eines Privatbades. Diese Entscheidung wurde getroffen, weil die Folgekosten nicht von der Stadt getragen werden müssen. Beim Bau neuer Hallenbäder sei es notwendig, der Bevölkerung ein Freizeit- und Erholungszentrum mit viel Abwechslung zu bieten. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Errichtung eines Hallenbades in Margareten

36 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Es wurde sichergestellt, daß das neue Hallenbad auch von Jugendlichen und älteren Menschen genutzt werden kann. Der angeschlossene Hotelbetrieb sei dafür kein Hindernis, sagte Riedler.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) äußerte ebenfalls die Befürchtung, daß horrenden Eintrittspreise verlangt werden. Als Bezirksmandatarin von Margareten müsse sie deshalb das Projekt in dieser Form ablehnen. Das geplante Erlebnisbad mit Wildwasserkanal usw. entspreche nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Weiters kritisierte sie, daß im vorliegenden Akt weder Verträge noch Pläne beiliegen.

GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) stellte abschließend fest, daß die Betreiberfirma Rogner schon häufig zur Zufriedenheit der Wiener Bevölkerung gearbeitet habe. Als Beispiel nannte er die Revitalisierung des Sünnhofes. Der Wiener ÖVP mangle es an Vertrauen zum freien Markt, wenn sie die Beteiligung einer Privatfirma an diesem Projekt ablehne. Durch eine Konventionalstrafe in der Höhe von 15 Millionen Schilling trage die Firma Rogner sehr wohl ein unternehmerisches Risiko. Im Fall einer Insolvenz komme eine Bankgarantie zum Tragen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Stadterneuerungsfonds

37 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) beantragte die Übertragung der städtischen Althäuser Lichtenfelsgasse 1 und 3 mit einem Gesamtwert von 3,878 Millionen Schilling durch die Stadt Wien an den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds. Die Übertragung soll im Wege einer Nachdotierung des Fonds stattfinden.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) wandte sich gegen diese Transaktion, da sie seiner Meinung nach lediglich der Ausweitung der Bürokratie des Fonds diene. Darüber hinaus sei die Zweckentfremdung der Wohnung N. 5 a im Haus Lichtenfelsgasse 1 als Direktionsbüro des Stadterneuerungsfonds als gesetzwidrig anzusehen.

In seinem Schlußwort entgegnete GR. Schmidtmeier, daß für die Umwidmung der Wohnung in ein Büro eine Ausnahmeregelung geltend gemacht werden könne. Der Fonds habe mit den beiden Häusern die Möglichkeit, ein Musterbeispiel für Revitalisierungsarbeiten zu verwirklichen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.
(Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Grundstücke für Genossenschaften

38 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPö) stellte den Antrag, 21 Grundstücke an Gemeinnützige Wohnungsunternehmungen mit einem Preisnachlaß von bis zu 25 Prozent auf den Verkehrswert zu verkaufen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) übte an diesem Vorgang Kritik. Die FPö könne keine Blankozustimmung geben, da die künftigen Erwerber der rund 93.000 Quadratmeter nicht genannt werden. Er befürchte, daß die gleichen Gesellschaften, die vor zwei Jahren zu überhöhten Preisen Grundstücke an die Stadt wien verkauft haben, diese nun billig wiederkaufen.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) stellte fest, es gehe darum, kostengünstige Wohnungen durch den Verkauf billigen Bodens zu fördern. Die Baurechtsvergabe sei nicht immer optimal. Er schließe aus, daß es zu dem von GR. Dr. Hirnschall befürchteten Vorgang komme.

In seinem Schlußwort betonte GR. SEVCIK, es handle sich um ganz andere Grundstücke als die, die vor zwei Jahren von der Stadt angekauft wurden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und öVP angenommen.

(Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Sanierung eines denkmalgeschützten städtischen Althauses

39 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. LUSTIG (SPö) stellte den Antrag, für die Sanierung des denkmalgeschützten städtischen Althauses in Wien 7, Hermannsgasse 30, einen Betrag von 19,6 Million Schilling zu genehmigen.

GR. CZERNY (öVP) zeigte sich sehr glücklich darüber, daß dieses Projekt nun in Angriff genommen wird und damit an die große Reihe gutsanierter Gebäude anschließen wird. Man solle aber nicht vergessen, daß auch andere Häuser dringend zu sanieren sind. Als typische Beispiele nannte er die Häuser Kirchengasse 34 und Kirchengasse 36.

In seinem Schlußwort versprach GR. LUSTIG, man werde auch künftig Sanierungen durchführen bzw. fördern.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

ull/rr

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Baubetreuungsvertrag für Sozialbau

40 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PRAMEL (SPö) beantragte, der "Sozialbau" die treuhändige Baudurchführung für ein Wohnbauprojekt in der Rollinggasse in Meidling zu übertragen.

GR. Dr. Wolfgang PETRIK (öVP) erklärte, vor zwei Jahren habe die Stadt Wien das Grundstück von der "Sozialbau"-Tochter "Wohnbau" erstanden, nun werde die Baudurchführung der "Sozialbau" übertragen. Nach Ansicht von Dr. Petrik sollte die Baudurchführung nicht an diese sozialistische Gesellschaft vergeben werden.

GR. Ing. SVOBODA (SPö) erklärte, daß das Projekt im Rahmen des Wohnbauprogrammes der Stadt Wien mit 162 Wohnungen und einem Kindergarten verwirklicht werden soll. Die Baubetreuung solle analog zu anderen gleichartigen Fällen ablaufen.

In seinem Schlußwort erklärte GR. PRAMEL (SPö), die Sozialbau besitze in diesem Bereich bereits langjährige Erfahrung, und die Nähe zur Sozialistischen Partei sollte kein Grund für einen Ausschluß von dieser Betrauung sein.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Tiefgarage Freyung

41 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte den Abschluß eines Baurechts- und Dienstbarkeitsbestellungsvertrages mit der TGF-Tiefgarage Freyung Errichtungs- und Verwaltungs Ges.m.b.H. zur Errichtung einer Tiefgarage mit 700 Stellplätzen. GR. NEUMANN (öVP) sagte, er hoffe auch im Sinne des Tourismus auf eine rasche Abwicklung dieses Baues. Ein schlechtes Beispiel sei hier die Tuchlauben, wo es seit zwei Jahren eine Baustelle der BAWAG gebe und wo nun zu Gunsten dieser Bank eine 15 Meter lange, völlig unmotivierte Fußgängerzone entstehen soll.

GR. OBLASSER (SPö) entgegnete, zur Sperre der Tuchlauben gebe es divergierende Meinungen in der öVP. Es sei jedoch eine Tatsache, daß die geplante Fußgängerzone mit dem Bereich Graben-Naglergasse eine große Einheit bilden werde und damit die Unterbindung des Durchzugsverkehrs und eine Schleifenlösung für die City erreicht werde.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Flächenwidmungsplan

42 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Spitalgasse, Alserstraße, Hernalser Gürtel, Währinger Gürtel und Borschkegasse im 9. Bezirk.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) erklärte, daß das Planungsgebiet eine sehr hohe Bebauungsdichte aufweise. Ein Gutachten der Arbeiterkammer zeige auf, daß die Wohnsituation ungünstig sei. Der vorliegende neue Flächenwidmungsplan könnte dazu führen, daß in diesem Gebiet eine noch höhere Bebauungsdichte erreicht wird, es sollte deshalb noch einmal überprüft werden.

GR. LUSTIG (SPö) erklärte, daß im vorliegenden Plan sehr wohl auf das erhöhte Bedürfnis nach Grün eingegangen wurde. So sei die Schaffung von Dachterrassen, grünen Höfen und öffentlichen Durchgängen durch große Häuseranlagen geplant. Der 9. Bezirk habe überdies zwei große Grüngebiete.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und öVP angenommen.

(Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Flächenwidmung Breitensee

43 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER stellte den Antrag auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Heinrich-Collin-Straße und Leyserstraße in Breitensee. Das Grundstück ist fast drei Hektar groß und umfaßt zwei Baublöcke. Früher befand sich hier eine große KFZ-Werkstätte, künftig ist eine Wohnnutzung vorgesehen.

GR. HAUBENBURGER (öVP) sagte, die Umwidmung sei nötig, weil auf dieser Fläche die Konsum-Gruppe ein großes Einkaufszentrum errichten möchte. Der Eigentümerwechsel allein sei kein Grund für eine Flächenwidmung. Spekulative Grundkäufe könnten die Folge solcher Beschlüsse sein. Außerdem grenze an dieses Gebiet das "Rock-Haus", gegen das die Bevölkerung auftrete. Der Eigentümer des "Rock-Haus"-Areal sei zum Verkauf bereit.

GR. PRAMEL (SPö) stellte fest, daß der gegenständliche Antrag weder etwas mit dem geplanten Konsumeinkaufszentrum noch mit dem Rock-Haus zu tun habe. Auf dem durch den Antrag betroffenen Grundstück soll eine Wohnhausanlage errichtet werden. Zum Rock-Haus stellte Pramel fest, daß der Besitzer nicht verkaufen möchte.

GR. DINHOF (SPö) betonte, wenn das Grundstück, auf dem das Rock-Haus steht, der Stadt Wien angeboten werde, werde man es sicher kaufen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

(Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Flächenwidmungsplan in Liesing

44 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Seybelgasse, Carlberggasse, Eduard-Kittenberger-Gasse, Perfektastraße und An den Steinfeldern im 23. Bezirk.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte, daß die Brunner Straße, die im Planungsgebiet als Bundesstraße geführt wird, eine Breite von 30 Metern erhalten soll. Er bezeichnete dieses Vorhaben als "überdimensioniert". In einer Zeit, in der Bürgermeister ZILK energisch gegen Geschwindigkeitsüberschreitungen eintrete, sei es unsinnig, eine schnurgerade, so breite Straße zu errichten, die zum schnelleren Fahren verleite. Er sprach sich für eine Straßenbreite von 24 Metern aus, wie sie auch von Gutachtern als völlig ausreichend angesehen werde.

GR. WIMMER (SPö) begründete die vorgesehene Straßenbreite von 30 Metern damit, daß die Anrainer Parkstreifen und Grünpflanzungen wünschen und die Brunner Straße als Zubringer zur A 21 dienen soll. Er betonte, daß in beiden Richtungen nicht mehr als zwei Fahrstreifen vorgesehen sind. Daher könne man die vorgesehene Ausbauvariante durchaus vertreten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und öVP angenommen.

(Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Flächenwidmung für Sportplatz

45 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet in Atzgersdorf, durch die eine ganzjährige Benützbarkeit einer Sportanlage erreicht werden soll.

GR. Dr. Peter MAYR (öVP) kritisierte die beabsichtigte Änderung und meinte, daß Anrainer dadurch belästigt würden. Widerrechtlich sei bereits zweimal eine Traglufthalle errichtet worden, die Einsprüche der Anrainer seien jedoch erst nach Ende der Hallensaison erfolgreich gewesen.

GR. WIMMER (SPö) räumte ein, daß die vom Sportverein gewählte Vorgangsweise bei der Errichtung der Tennis-Traglufthalle unkorrekt war, betonte jedoch, daß 800 Tennisspieler hier ihren Sport ausüben können und ein von GR. Dr. Mayr erwähnter Schaden für die Pflanzen bei Anrainern nicht festzustellen sei. Einer der beiden Beschwerdeführer wohne nur einen geringen Teil des Jahres als Anrainer zum Tennisplatz. Der zweite Anrainer habe Lärm- und Schadstoffmessungen auf seinem Grundstück durch die städtische Umweltschutzabteilung abgelehnt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und FPö angenommen.

(Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Ausbau des Kanalnetzes

46 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) beantragte die Gewährung eines Sachkredites in der Höhe von 705 Millionen Schilling für den Ausbau des Kanalnetzes im 22. Bezirk.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) begrüßte den Ausbau und die Sanierung des Kanalnetzes. Insgesamt werden in den nächsten Jahren 3,7 Milliarden Schilling investiert. Er brachte den ANTRAG ein, daß die Ausschreibung der Arbeiten in solchen Bauabschnitten erfolgt, daß nicht nur Industriebetriebe, sondern auch gewerbliche Baubetriebe die faire Chance haben, Aufträge zu erhalten. GR. Dr. HAUPL (SPö) wies darauf hin, daß die Sanierung und der Ausbau des Kanalnetzes ein gutes Beispiel für die Versöhnung von ökonomie und ökologie darstelle. Dieses Projekt sei eine umweltpolitische Notwendigkeit und stelle für die Wiener Wirtschaft einen kräftigen Impuls dar.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen, der FPö-Antrag wurde zugewiesen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Instandsetzung Rustensteg

47 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPö) beantragte die Instandsetzung des Rustensteges über die Westbahn mit einem finanziellen Gesamterfordernis von 9,4 Millionen Schilling.

GR. STEINBACH (SPö) wies auf die Wichtigkeit dieser Verbindung hin. Für die Sicherheit der Passanten wäre es jedoch notwendig, das vorliegende Projekt zu ändern, den Steg zu verlängern und die dazugehörige Stiegenanlage neu zu errichten. Diesbezügliche Gespräche habe es bereits mit den österreichischen Bundesbahnen gegeben. Steinbach stellte in diesem Sinn gemeinsam mit Dr. Peter MAYR (öVP) einen ABÄNDERUNGSANTRAG für das geplante Projekt.

ABSTIMMUNG: Sowohl der Antrag wie auch der Abänderungsantrag wurden einstimmig angenommen. Die Sitzung des Gemeinderates endete um 18.45 Uhr. (Schluß) gab/rr

NNNN